

Deutschland-Krefeld: Heizungs- und sonstige Elektroinstallationen in Gebäuden
OJ S 139/2023 21/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Bauleistung

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Zoo Krefeld gGmbH
Postanschrift: Uerdinger Str. 377
Ort: Krefeld
NUTS-Code: DEA14 Krefeld, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 47800
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Herr Dr. Wolfgang Dreßen | Geschäftsführer
E-Mail: wolfgang.dressen@zookrefeld.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.zookrefeld.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YBT6G8L/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YBT6G8L>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: BUSE Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaftsgesellschaft mbB
Postanschrift: Berliner Allee 41
Ort: Düsseldorf
NUTS-Code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 40212
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Herr Rechtsanwalt Carsten Steinert
E-Mail: steinert@buse.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.buse.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Zoogesellschaft in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH

I.5. Haupttätigkeit(en)

Freizeit, Kultur und Religion

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Affenpark - Zoo Krefeld | Heizung und Sanitär
Referenznummer der Bekanntmachung: ZKA_VE22/683

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45315000 Heizungs- und sonstige Elektroinstallationen in Gebäuden

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Der Auftraggeber plant die Errichtung eines neuen "Artenschutz-Zentrum AffenPark" im Zoo Krefeld in mehreren Bauphasen. Als Bauphase 1 soll der Neubau eines 3-Arten-Warmhauses einschließlich der Einfriedungen (Wände, Fundamente, etc.) von zwei übernetzten Freigehegen errichtet werden. In diesem Zusammenhang vergibt der Auftraggeber das Gewerk VE 22/683 - Heizung und Sanitär.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

45232460 Sanitäre Anlagen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA14 Krefeld, Kreisfreie Stadt
Hauptort der Ausführung: Zoo Krefeld Uerdinger Str. 377 47800 Krefeld

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Auftraggeber plant, das neue "Artenschutz-Zentrum AffenPark" im Zoo Krefeld zu errichten.

Die Vision des Zoos Krefeld sieht eine Nutzung der Fläche ab der "Zoobrücke" vor, wo zukünftig Menschenaffen mit weiteren kleineren Affenarten leben sollen.

Gemeinschaftshaltungen von Tieren werden - wann immer möglich - umgesetzt.

Das Artenschutz-Zentrum soll durch mehrere Bauphasen realisiert werden. Als Bauphase 1 soll der Neubau eines 3-Arten-Warmhauses einschl. der Einfriedungen (Wände, Fundamente, etc.) von zwei übernetzten Freigehegen im Zoo Krefeld errichtet werden.

Die Ausführung des 3-Arten-Warmhauses ist in Massivbauweise vorgesehen (Stahlbeton / Stahlbetondecken / Fertigteil-Betonplatten als Fassadenbekleidung). Das Gebäude ist zweigeschossig mit Flachdächern ohne Unterkellerung geplant.

Die Gehege sind jeweils mit Innen- und Außenbereichen verbunden, sowie Trainingsgehegen und Schlafbereichen. Die Pflegergänge sind im Erdgeschoss sowie im Obergeschoss zur Tierversorgung vorgesehen. Ein innenliegender Besucherbereich für die Betrachtung aller drei Arten ist im vorderen Bereich verortet, getrennt von den Pflegebereichen, eingeschossig mit einer intensiv Grünbedachung.

Die Wärmeerzeugung erfolgt über das Fernwärmenetz der Stadtwerke Krefeld. Diese wird als Nahwärmenetz-Übergabestation an der Grundstücksgrenze zur Berliner Straße vorgesehen.

Die ausgelegten Temperaturen des Nachwärmenetzes sind mit VL/RL 75-70/45 geplant. Die Warmwasserbereitung erfolgt zentral mit Wasserspeicher und Zirkulationsleitung.

Die Beheizung des Gebäudes erfolgt über eine Wandheizung in den Innengehegen und dem Besucherbereich, die direkt in die Stahlbetonwände örtlich eingebaut wird. Die Beheizung der Pflegergänge erfolgt einerseits indirekt durch die beheizten Innengehege sowie im hinteren Bereich des Gebäudes mit statischen Heizkörpern im Erd- und Obergeschoss.

Rein informativ teilt der Auftraggeber die folgenden vorgesehenen Zeiträume im Rahmen der Ausführung mit:

- Wandheizungen - voraussichtlich ab 43. KW 2023 bzw. unmittelbar nach Beauftragung (auf Abruf für je Betonierabschnitt)

- Rohinstallation - voraussichtlich ab 08. KW 2024

Die eigentlichen Vertragsfristen ergeben sich aus Ziff. 1.1 des VHB-Formblattes 214.

Weitere Einzelheiten zu den ausgeschriebenen Leistungen Heizung und Sanitär sind der anliegenden Baubeschreibung sowie den Vergabeunterlagen nebst weiteren Anlagen zu entnehmen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 10

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Bieter muss mit seinem Angebot folgende Anforderungen nachweisen:

1) Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB, § 124 Abs. 1 GWB;

2) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung durch die Eintragung in die das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle des Sitzes oder Wohnsitzes des Bieters, § 6a EU Nr. 1 VOB/A.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Bieter muss mit seinem Angebot folgende Anforderungen nachweisen:

- 1) Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung über jeweils mindestens 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und 3,0 Mio. EUR für Sachschäden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der oben genannten Deckungssumme pro Jahr betragen. Eine projektbezogene Aufstockung bestehender Versicherungen des Bieters im Auftragsfall wird akzeptiert, ist jedoch mittels schriftlicher Versicherungsbestätigung mit dem Angebot nachzuweisen, § 6a EU Nr. 2 lit. a) VOB/A;
- 2) Erklärung über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmer ausgeführten Aufträgen, § 6a EU Nr. 2 lit. c) VOB/A.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Bieter muss mit seinem Angebot folgende Anforderungen nachweisen:

- 1) Angabe über die Ausführung von Leistungen der letzten 10 abgeschlossenen Geschäftsjahre, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, § 6a EU Nr. 3 lit. a) VOB/A;
- 2) Angabe der technischen Fachkräfte oder technischen Stellen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind und die, über die der Bieter für die Ausführung der Leistungen verfügt, § 6a EU Nr. 3 lit. b) VOB/A;
- 3) Angaben über die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal, § 6a EU Nr. 3 lit. g) VOB/A;
- 4) Erklärung über die Ausstattung, die Geräte und die technische Ausrüstung des Bieters für die Erfüllung des Auftrags, § 6a EU Nr. 3 lit. h) VOB/A.

Den Nachweis der Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) können präqualifizierte Unternehmen durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) führen. Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzungen für die Präqualifikation erfüllen. Selbstverständlich kann der Eignungsnachweis entsprechend der gesetzlichen Vorgaben auch durch Vorlage von Einzelnachweisen in Form von Eigenerklärungen erbracht werden. Der Auftraggeber akzeptiert ferner die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist, kann der Auftraggeber Bewerber und Bieter, die eine Eigenerklärung abgegeben haben, jederzeit während des Vergabeverfahrens auffordern, sämtliche oder einen Teil der Nachweise beizubringen. Der Auftraggeber fordert in jedem Fall vor Zuschlagserteilung den Bieter, an den der Auftrag erteilt werden soll und der bislang nur Eigenerklärungen als vorläufigen Nachweis vorgelegt hat, auf, die einschlägigen Nachweise unverzüglich beizubringen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Die Zoo Krefeld gGmbH hat bei der Auftragsvergabe die Bestimmungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) zu beachten. Sie wird einen fairen Wettbewerb um das wirtschaftlichste Angebot bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sicherstellen, bei gleichzeitiger Sicherung von Tariftreue und Einhaltung des Mindestlohns. Hierzu wird die Zoo Krefeld gGmbH Vertragsbedingungen verwenden, - durch die der Auftragnehmer verpflichtet ist, die in den § 2 Abs. 1 bis 4 TVgG-NRW genannten Vorgaben einzuhalten,

- die ihr ein Recht zur Kontrolle und Prüfung der Einhaltung der Vorgaben einräumen und dessen Umfang regeln und
- die ihr ein außerordentliches Kündigungsrecht sowie eine Vertragsstrafe für den Fall der Verletzung der in § 2 Abs. 1 bis 4 TVgG-NRW genannten Pflichten einräumen.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 23/08/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/09/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 23/08/2023 Ortszeit: 12:15

Ort:

Die Submission findet entsprechend der Erfordernisse an die elektronische Durchführung des gesamten Vergabeverfahrens digital statt.

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung erfolgt durch den Auftraggeber bzw. seine als Erfüllungsgehilfen eingesetzten Rechtsanwälte. Vertreter der Bieter sind aufgrund der elektronischen Verfahrensdurchführung nicht zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bekanntmachungs-ID: CXP4YBT6G8L

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln

Postanschrift: Zeughausstr. 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@bezreg-koeln.nrw.de
Fax: +49 2211472889

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Bieter haben etwaige Verstöße gegen Vergabevorschriften unter Beachtung der Regelungen in § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

17/07/2023